

Nr. 19/1219

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Strategien gegen Übergewicht, Adipositas und Diabetes durch zu viel Zucker in der Ernährung

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 26. September 2018
(Drucksache [19/1847](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 6. November 2018
(Drucksache [19/1897](#))

2. Digitalisierung der bremischen Schulen nicht im Sande verlaufen lassen – Lernmanagementsystem „itslearning“ endlich flächendeckend nutzen!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 19. Oktober 2018
(Drucksache [19/1867](#))

3. Digitale Mündigkeit und digitale Kompetenzen bei der Umsetzung des DigitalPakts verwirklichen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 11. Dezember 2018
(Drucksache [19/1954](#))

4. Personalsituation an Grundschulen

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 4. Februar 2019
(Drucksache [19/2026](#))

Nr. 19/1220

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Jörg Kastendiek, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Planverfahren für OTB rechtssicher ergänzen – neuen Hafen gut begründen statt schlecht verkleinern“

Nr. 19/1221

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 25. Februar 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. 7. Bericht der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe „Häusliche Beziehungsgewalt“

Mitteilung des Senats vom 8. Januar 2019
(Drucksache [19/1988](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Bericht zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau.

2. Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften zur Anpassung an die Datenschutz-Grundverordnung sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften

Mitteilung des Senats vom 22. Januar 2019
(Drucksache [19/2005](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss.

3. Gesetz zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes

Mitteilung des Senats vom 8. Januar 2019
(Drucksache [19/1987](#))

2. Lesung

D a z u

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, der CDU, DIE LINKE und der FDP
vom 5. Februar 2019
(Drucksache [19/2031](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

4. Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung des öffentlichen Rechts „Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung“

Mitteilung des Senats vom 29. Januar 2019
(Drucksache [19/2015](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

5. Aufnahme von „Sondermaßnahmen zur Gewinnung von Lehrkräften“ im „Bremischen Ausbildungsgesetz für Lehrämter“ – Gesetz zur Änderung des Bremischen Ausbildungsgesetzes für Lehrämter

Mitteilung des Senats vom 29. Januar 2019
(Drucksache [19/2016](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

6. Gesetz zu dem Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrags zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen über die Zusammenarbeit bei Überwachungs- und Untersuchungsaufgaben im Verbraucherschutz- und Tiergesundheitsbereich

Mitteilung des Senats vom 29. Januar 2019
(Drucksache [19/2017](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

7. Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und der Freien Hansestadt Bremen über die Durchführung von Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Luftsicherheitsgesetz
Mitteilung des Senats vom 29. Januar 2019
(Drucksache [19/2018](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
8. Jahresbericht 2015 – Land – des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen vom 13. April 2015 (Drs. [18/1825](#)) – Beratende Äußerung zur Bewirtschaftung und Verwendung der Geldleistungen durch Fraktionen und Gruppen der Bremischen Bürgerschaft
Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses vom 30. Januar 2019
(Drucksache [19/2025](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Bericht zur Beratung und Berichterstattung an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss.
9. Drittes Gesetz zur Änderung des Bremer Informationsfreiheitsgesetzes
Mitteilung des Senats vom 5. Februar 2019
(Drucksache [19/2027](#))
1. Lesung
2. Lesung
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.
10. Vorunterrichtung der Bremischen Bürgerschaft über die Änderung des IT-Staatsvertrages zur Errichtung der Anstalt des öffentlichen Rechts „Föderale IT-Kooperation (FITKO)“
Mitteilung des Senats vom 5. Februar 2019
(Drucksache [19/2028](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
11. Energiebericht für die öffentlichen Gebäude der Stadtgemeinde Bremen und die Landesgebäude der Freien Hansestadt Bremen – Bericht für das Jahr 2017 –
Mitteilung des Senats vom 5. Februar 2019
(Drucksache [19/2029](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
12. Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung – Ausführung des Artikels 131a der Landesverfassung
Mitteilung des Senats vom 12. Februar 2019
(Drucksache [19/2033](#))
1. Lesung
Die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die erste Lesung und überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.
13. Gesetz über Finanzausweisungen an die Gemeinden Bremen und Bremerhaven (Finanzausweisungsgesetz)
Mitteilung des Senats vom 12. Februar 2019
(Drucksache [19/2034](#))
1. Lesung
Die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die erste Lesung und überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

14. Vorunterrichtung der Bremischen Bürgerschaft über die Änderung des Staatsvertrages über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung – künftig „Staatsvertrag über die Hochschulzulassung“

Mitteilung des Senats vom 12. Februar 2019
(Drucksache [19/2035](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

15. Kooperation mit Yad Vashem nicht auf Lehrerinnen und Lehrer beschränken

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, DIE LINKE und der FDP
vom 13. Februar 2019
(Drucksache [19/2041](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die Kooperationsvereinbarung mit der internationalen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem auch auf andere Berufsgruppen zu erweitern;
2. dabei insbesondere die bereits bestehenden Kooperationen, unter anderem in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, für die Ausbildung der Polizei in den Blick zu nehmen und zu prüfen, wie schnell auch in Bremen, gegebenenfalls in der Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern, eine solche Kooperation umgesetzt werden kann;
3. zu prüfen, welche Angebote in Yad Vashem bereits für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte aus Deutschland bestehen, und, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit diesen Bundesländern, auch bremischen Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten die Möglichkeit zur Teilnahme zu eröffnen;
4. dabei auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der öffentlichen Verwaltung die Teilnahme an derartigen Programmen zu ermöglichen;
5. der Bürgerschaft (Landtag) bis zum 30. April 2019 über die unternommenen Schritte zu berichten.

Nr. 19/1222

Die soziale Säule der Europäischen Union stärken!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 28. August 2018
(Drucksache [19/1799](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Proklamation der Europäischen Säule der sozialen Rechte im November 2017, mit der sich die Mitgliedsstaaten, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament politisch verpflichtet haben, die Wirtschafts- und Währungsunion durch eine soziale Dimension zu flankieren.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt die Europäische Kommission in ihrem Vorhaben, die Möglichkeiten zur Schaffung von Mindeststandards im Sozial- und Beschäftigungsbereich durch Artikel 153 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) zu nutzen, um die dringend gebotene soziale Konvergenz in der Europäischen Union zu fördern.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundes- und Europaebene dafür einzusetzen, dass

- a) zur weiteren Stärkung der sozialen Säule unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips eine soziale Fortschrittsklausel in das EU-Vertragswerk aufgenommen wird;
- b) mit dem erfolgreichen Abschluss der Überarbeitung der Arbeitnehmer-Entsenderichtlinie jetzt das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Tätigkeit am gleichen Ort“ für alle Branchen durchgesetzt wird;
- c) eine europäische Arbeitsbehörde geschaffen wird, die die Durchsetzung der arbeits- und sozialrechtlichen Bestimmungen der EU effektiv mit den national zuständigen Behörden koordiniert und befördert;
- d) ein einheitlicher Arbeitnehmerbegriff in allen Mitgliedsstaaten der EU geschaffen wird, damit Richtlinien über transparente und verlässliche Arbeitsbedingungen überall gleichermaßen umgesetzt werden können. In den Mitgliedsstaaten erreichte arbeits- und sozialrechtliche Schutzstandards dürfen dadurch nicht ausgehöhlt werden;
- e) allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Selbständigen ein Zugang zu allen Zweigen der sozialen Sicherungssysteme wie Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung gewährt wird;
- f) die öffentliche Daseinsvorsorge nicht durch das Europäische Beihilferecht eingeschränkt wird, sondern gewährleistet ist, dass Länder und Kommunen über die Erbringung von Versorgungsleistungen nach Gemeinwohlinteressen entscheiden können;
- g) die Vergütung nach Tarif nicht durch geschützte Wettbewerbspositionen konkurrierender Billiganbieter ausgehebelt werden kann und die Vergabe öffentlicher Aufträge an die Tarifbindung geknüpft werden darf;
- h) die Unternehmenssteuern zur Schaffung eines fairen Wettbewerbs in der EU schrittweise angeglichen und harmonisiert werden;
- i) der Europäische Sozialfond auch über die aktuelle Förderperiode hinaus für die Umsetzung und Durchsetzung der in der Säule der sozialen Rechte niedergelegten Prinzipien in allen Regionen der Europäischen Union genutzt und zu diesem Zweck im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen finanziell angemessen ausgestattet wird.

Nr. 19/1223

Konzept des Senats „Hebammenvermittlungsstellen zur besseren Versorgung und Vernetzung einrichten“

Mitteilung des Senats vom 11. September 2018
(Drucksache [19/1821](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Konzept des Senats.

Nr. 19/1224

Endlich die Situation für Hebammen in der klinischen Geburtshilfe verbessern!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 16. Januar 2019
(Drucksache [19/2000](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/1225

Hebammenzentrum schnell realisieren und Bremerhaven mitdenken

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 13. Februar 2019
(Drucksache [19/2042](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die Einrichtung eines ersten Hebammenzentrums im Land Bremen noch in diesem Jahr sicherzustellen und eine dafür notwendige Personalstelle für die Projektleitung, Koordinierung und Vernetzung kurzfristig zur Verfügung zu stellen.
2. in Bremerhaven zusammen mit den zuständigen Stellen im Magistrat den Aufbau von Vernetzungs- und Koordinationsstrukturen der dort tätigen Hebammen zu unterstützen, um perspektivisch auch dort ein Hebammenzentrum aufzubauen.

Nr. 19/1226

Der Einstufung Georgiens, Algeriens, Marokkos und Tunesiens als sichere Herkunftsländer im Bundesrat zustimmen!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 18. Februar 2019
(Drucksache [19/2049](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/1227

Umsatzsteuerliche Gleichstellung von gedruckten Büchern und E-Books

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 15. Januar 2019
(Drucksache [19/1998](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene für eine umsatzsteuerliche Gleichstellung mit ermäßigten Sätzen von gedruckten Büchern und E-Books einzusetzen.

Nr. 19/1228

Wissenschaftsplan 2025

Mitteilung des Senats vom 12. Februar 2019
(Drucksache [19/2036](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 19/1229

Mehr Gesundheitsschutz und Prävention durch Drugchecking?

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 18. September 2018
(Drucksache [19/1829](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 27. November 2018
(Drucksache [19/1937](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/1230

Ausbildungs- und Übergangszahlen frühzeitig und regelmäßig veröffentlichen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 17. April 2018
(Drucksache [19/1622](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/1231

Ausbildungs- und Übergangszahlen frühzeitig und regelmäßig veröffentlichen

Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
vom 16. Oktober 2018
(Drucksache [19/1857](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen Kenntnis.

Nr. 19/1232

Gesetz zum Zweiundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Mitteilung des Senats vom 22. Januar 2019
(Drucksache [19/2006](#))
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 19/1233

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 35

vom 15. Februar 2019
(Drucksache [19/2047](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 19/1234

Fünftes Hochschulreformgesetz

Mitteilung des Senats vom 22. Januar 2019
(Drucksache [19/2004](#))
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 19/1235

Fünftes Hochschulreformgesetz

Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz
und Informationsfreiheit
vom 18. Februar 2019
(Drucksache [19/2048](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.

Nr. 19/1236

Gesetz zur Änderung des Bremischen Tageseinrichtungs- und Kindertagespflegegesetzes (BremKTG) zur Umsetzung der Beitragsfreiheit in Kitas im Land Bremen für Kinder ab dem vollendeten 3. Lebensjahr und zur Zentralisierung der Beitragsfestsetzung in der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 20. Februar 2019
(Drucksache [19/2056](#))

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.